

Schließung der Bildungsstätte Niedersfeld !

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in seinem Beschluss vom 16. April 2002 hat der Lenkungsausschuss Bildungsstätten die Schließung von zunächst 6 ver.di-Bildungsstätten zum 31. Dezember 2002 empfohlen. Der Bundesvorstand hat in seiner Sitzung am 22. April 2002 ebenfalls der Schließung von 6 ver.di-Bildungsstätten zugestimmt. Diese einschneidenden Maßnahmen werden als großer Schritt, im Rahmen eines neuen Bildungs- bzw. Bildungsstättenkonzeptes, verkauft.

Die Beschäftigten unseres Hauses bewegt insbesondere das Verfahren zur Findung der einzelnen zu schließenden Häuser. Bezogen auf Niedersfeld stellt sich das Ergebnis nicht schlüssig dar. Mit dem Zusammenschluss von fünf Gewerkschaften zu ver.di wurde eine Vereinbarung zur Erweiterten Mitbestimmung geschlossen. Sie sollte ermöglichen, alle Maßnahmen, die auf die Beschäftigten Auswirkungen haben, „so rechtzeitig zu beraten, dass Vorschläge und Bedenken der Betriebsräte berücksichtigt werden können“. Dies ist nicht erfolgt. Die Beschlussvorlage für den Gewerkschaftsrat bezieht sich ausschließlich auf Argumente des Lenkungsausschusses. Diese beruhen unserer Auffassung nach für Niedersfeld auf falschen oder nicht nachvollziehbaren Daten.

Der Lenkungsausschuss hat unter anderem in einem Rankingverfahren seine Argumentation für die Auswahl erarbeitet. Die uns bekannten und für Niedersfeld getroffenen Aussagen sind:

- **keine ausgeprägte bildungspolitische Ausrichtung**

Dieses Kriterium berücksichtigt die besondere Situation unseres Hauses nicht. Mit Ausscheiden des letzten bildungspolitischen Mitarbeiters im Jahre 1999 wurde beschlossen, unsere Bildungsstätte als Beleghaus, ohne eigenes Bildungsangebot zu führen. Hintergrund dieser Entscheidung der Quellgewerkschaft ÖTV war, vor einer bildungspolitischen Gesamtkonzeption, keine präjudizierenden Maßnahmen zu treffen. Im damaligen Beteiligungsverfahren zur Betriebsänderung wurde ausdrücklich versichert, dass dieses Vorgehen keine negativen Auswirkungen für die Zukunft unserer Bildungseinrichtung haben wird. Unser betriebswirtschaftliches Ergebnis in den darauf folgenden Jahren

hat sich, dank Unterstützung unserer Beleger, äußerst positiv gestaltet.

- **keine ausreichende Ausstattung mit Seminarplätzen**

Dieses Kriterium beruht auf einer Berechnung, die die Anzahl der Betten ins Verhältnis zu den Seminarplätzen setzt. Danach werden unserem Haus 72 Betten und 85 Seminarplätze zugeordnet. Gewollt sind 2 Seminarplätze pro TeilnehmerInnenunterkunft, so dass ein negatives Ergebnis von 1:1,2 errechnet wurde.

Dem Betriebsrat ist nicht bekannt, wie diese Zahlen ermittelt wurden. Eine Überprüfung zeigt, wie manipulativ solche Zahlen sein können. Der Betrieb der Bildungsstätte ist tatsächlich auf eine Bettenzahl von 65 ausgerichtet. Im ehemaligen „Personalhaus“ sind Ausweichquartiere eingerichtet, die einen kleinen Spielraum in der Spitzenbelegung ermöglichen.

Die Anzahl der Seminarplätze gibt die tatsächlichen Gegebenheiten falsch wieder. Selbst bei zurückhaltender Zählung stehen 143 Seminarplätze zur Verfügung. Die korrekte Berechnung ergibt somit ein positives Ergebnis von 1:2,2.

- **keine ausreichende Standardausstattung - vergleichbar mit 2 Sterne Hoteleinrichtungen**

Dieses Kriterium setzt neue Akzente. Bildungsstätten wurden nicht vorrangig nach ihrer technischen Ausrüstung wie TV und Telefon auf den Zimmern bewertet. Entscheidend war bisher, den TeilnehmerInnen in diesen Einrichtungen das Gefühl gewerkschaftlicher Zusammengehörigkeit und Solidarität zu vermitteln. Dies stand im Vordergrund.

Wir wollen gar nicht darüber streiten, ob diese neue Ausrichtung sinnvoll ist. Interessant finden wir jedoch, dass in Niedersfeld schon 1997 der Versuch, durch Installation eines Radioweckers ein wenig mehr Annehmlichkeiten zu schaffen, gescheitert ist. Diese mussten auf Anordnung des zuständigen Sekretariats umgehend beseitigt werden. Arbeitsrechtliche Konsequenzen waren, aufgrund unserer „eigenmächtigen“ Handlung, nicht auszuschließen. Diese Vorgehensweise behindert unsere Entwicklung bis heute und schlägt sich in der Entscheidung des Lenkungsausschusses nun nachteilig nieder.

- **notwendige Investitionen zum Weiterbetrieb, Investitionsstau, dringende Reparaturen**

Der Betriebsrat bestreitet die Erforderlichkeit einer Investition von über 1 Mio. EUR, insbesondere dann, wenn sie noch innerhalb der nächsten 12 Monate umgesetzt werden müssen. Es ist nicht ansatzweise dargelegt, um welche Investitionen es sich handeln soll, es ist auch nicht nachvollziehbar, warum dieses innerhalb eines Jahres erfolgen soll. Die Modernisierung der Ausstattung des Hauses kann mittelfristig und in einzelnen Schritten erfolgen, sowie zu einem Großteil aus dem durch unsere Bildungsstätte erwirtschafteten Finanzpolster finanziert werden.

- **weiterer mittelfristiger Investitionsbedarf / Standardanpassung**

Der Lenkungsausschuss verweist auf die Angaben der Vermögensverwaltung. Der Aufwand sei derzeit nicht quantifizierbar. Von Millionenbeträgen ist die Rede.

Dem Betriebsrat liegen als Untermauerung dieses Kriteriums nur knappe Auszüge aus einem Gutachten der Firma Südgrund und eigene Bewertungen der VVG vor. Diese wurden vom Lenkungsausschuss, ohne Vorlage des Gutachtens, kritiklos in die Bewertung übernommen.

- **Örtliche Lage / Bundesland / regionaler Bezug**

Der Lenkungsausschuss verweist in seiner Betrachtung zu den Bildungseinrichtungen wiederholt auf den regionalen Bezug von Niedersfeld zu den Einrichtungen in Sennestadt und Lage-Hörste. Dieser Bezug, insbesondere vor dem Hintergrund der Lage in Nordrhein-Westfalen als mitgliederstarker Landesbezirk, berücksichtigt die Nähe zum nordhessischen Raum nicht. In der Gesamtbetrachtung hätte auch Gladenbach, nur ca. 80 km entfernt, mit einbezogen werden müssen. In den vergangenen Jahren fanden u.a. viele hessische Seminare traditionell in unserem Haus statt.

- **Erreichbarkeit**

Die Bewertung dieses Kriteriums durch den Lenkungsausschuss überrascht. Die Erreichbarkeit der Bildungseinrichtungen ist in der Regel nicht optimal. Sie liegen fast überwiegend in landschaftlich schönen Erholungsgebieten.

Die Nähe der Anbindung an die BAB negativ oder positiv zu bewerten und bei der Entscheidung zu verwenden ist nicht objektiv. Niedersfeld liegt nur ca. 20 km vom nächsten Autobahnanschluss entfernt und ist auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln stündlich zu erreichen.

Wir wollen keine Diskussion darüber führen ob statt der Bildungsstätte X die Bildungsstätte Y geschlossen werden soll, denn wir meinen, dass mit der Schließung von Bildungsstätten ein falscher Weg eingeschlagen wird

Vor der endgültigen Entscheidung im Gewerkschaftsrat am 22./23. Mai 2002 über dieses Bildungsstättenkonzept muss auch über politische, soziale, bildungsorganisatorische Aspekte und über die möglichen negativen Auswirkungen gesprochen werden. Dies sollte möglichst mit Beteiligung, vor allem der Betroffenen, bzw. ihrer Betriebsräte und nicht nur mit dem Rechenschieber, geschehen.

Der Betriebsrat lehnt die Argumentationen aus dem Lenkungsausschuss zur Schließung von Bildungsstätten ab. Sie können nicht objektiv diskutiert werden. Eine zusätzliche, den politischen Willen untermauernde Argumentation kann hieraus nicht abgeleitet werden. Die Auswirkungen dieser Entscheidung auf insgesamt ca. 120 Beschäftigte sind nicht bedacht, ihre Einbeziehung sowie die Beteiligung der Betriebsräte wurde für nicht erforderlich gehalten. Die Aussagen, man habe es sich nicht leicht gemacht und in Mehrfachdurchgängen alle Aspekte mit „Herzblut“ diskutiert, überzeugt nicht.

Das Schließen von Bildungseinrichtungen steht im Gegensatz zu ver.di-internen Maßgaben über die Stärkung und Bedeutung von gewerkschaftlicher Bildungsarbeit und im Widerspruch zu der Tradition und zum Stellenwert gewerkschaftlicher Bildung in den Quellgewerkschaften. Die Entscheidung, Bildungseinrichtungen zu schließen, wird nicht nur einen negativen Einfluss auf die Mitgliederzahlen haben, sondern auch eine Außenwirkung, die dem politischen und sozialen Profil von Ver.di einen nicht wieder gut zu machenden Schaden zufügen.

Unsere Gewerkschaft braucht nicht weniger, sondern mehr Bildungs- und Kulturarbeit, um die mit der Gründung von ver.di gesetzten Ziele zu erreichen.